

Ercheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gespaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Cederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 6 .: 33. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bruden-
straße 10b .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 7. Februar 1919

Inhalt. Beitragsleistung. — Bekanntmachung der
Zentralkommission für die Portefeuilles- und Reiseartikel-
branche. — Ernste Mahnung! — Gleichierung der Gewer-
schaftspraxis. — Sollen wir zugrunde geben? — Karl
Kautsky zu dem Problem der Wirtschaftsführung. — Juwend.
— Die entthronten Landesräte. — Aus unserem Beruf.
— Korrespondenzen. — Rundschau. — Arbeitslosenzählung. —
Sterbepfand. — Anzeigen.

Für die Woche vom 9. bis 15. Februar
1919 ist der 7. Wochenbeitrag fällig. Nur
wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche
Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert
sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unter-
stützung aus Verbandsmitteln.

Bekanntmachung der Zentralarif- kommission für die Portefeuilles- und Reiseartikelbranche.

Die Zentralarifkommission für die Portefeuilles- und Reiseartikelbranche hatte mehr als vier Jahre ihre Arbeit einstellen müssen, weil von den sechs Mitgliedern fünf als Kriegsteilnehmer ihre schwere Pflicht erfüllten. Nachdem nun alle Kommissionsmitglieder wieder heimgekehrt sind und sich sofort zur Mitarbeit bereit erklärten, hat am 31. Januar die erste Sitzung stattgefunden. Hier wurde beschlossen, alle für die Portefeuilles- und Reiseartikelbranche in Betracht kommenden Ortsverwaltungen zu ersuchen, so schnell wie möglich über den Umfang der Industrie, Zahl der Beschäftigten und Geltungsdauer der üblichen Tarifverträge zu berichten. Nach Sichtung des eingegangenen Materials soll die Frage betreffen

Abhaltung einer Branchenkonferenz

spätestens im März dieses Jahres entschieden werden. Um die Zahl der Vertreter zu dieser in Aussicht genommenen Konferenz festzustellen und den Gewächsten die Tagesordnung nebst einschlägigem Material frühzeitig zuzusenden, ist es dringend notwendig, wenn die örtlichen Verwaltungen bzw. Branchenleitungen bis spätestens den 20. Februar dieses Jahres die gewünschten Berichte einsenden.

Tagungsort, Datum und Art der Vertretung wird noch bekanntgegeben.

Schriftliche Sendungen sind zu richten an:

Die Zentralarifkommission der Portefeuilles- und Reiseartikelbranche z. S. des Vorsitzenden S. Weinschild, Berlin, Brudenstraße 10b III.

Ernste Mahnung!

Nachdem nun die Wahlen zur Nationalversammlung und den Landesvertretungen vorüber sind, ist es an der Zeit, daß die Volksmassen sich wieder positiver Arbeit beseeligen und versuchen, in dem gegebenen Rahmen ein Wirtschaftssystem aufzubauen, dessen Erträgnisse Deutschland und seine Bewohner leistungsfähig machen. Wir werden abzuwarten haben, wie die Parteien ihre Wahlversprechungen einzulösen gedenken. Fest steht, daß auch in Zukunft mit Kohle geheizt und mit Wasser gekocht wird. Deshalb müssen wir uns klar darüber sein, daß

die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht von heute auf morgen grundlegend geändert werden können.

Ein Land, das nachgewiesenermaßen nicht in der Lage ist, sein Volk zu ernähren, ist genötigt, Nahrungsmittel einzuführen und dafür Industrieprodukte auszuführen. Aber auch für die Herstellung von Textilfabrikaten zur Ausfuhr fehlen uns im Lande die Rohmaterialien; wir müssen sie einführen, hier verarbeiten und dann als Ausfuhrprodukt benutzen. Soll Deutschland nicht verarmen, so muß die ziffernmäßige Ausfuhr immer größer als die Einfuhr sein. Ist das nicht der Fall, so ist es unmöglich, die Kriegslasten abzulösen. Wir bleiben ewige Schuldner dem Auslande gegenüber, müssen alle Werte, auch die Arbeitskraft, verpfänden, können also niemals aus dem Elend heraus, in welches uns der unheilvolle Krieg gebracht hat. Aus diesem Dilemma hilft uns nicht die bestgemeinte Sozialisierung, solange der gemeinnötige Arbeitswille versagt. Schon heute sind eine Reihe industrieller Unternehmungen für die Sozialisierung reif, vor allem die Berg- und Hüttenwerke, das Bank- und Versicherungswesen, überhaupt alle Betriebe, deren Produkte bei Herstellung und Verbrauch vom Auslande unabhängig sind. Viel anders liegen aber schon die Verhältnisse für Produkte, die auf den Weltmarkt angewiesen sind. Borausichtlich wird die kapitalistische Wirtschaftsform in Amerika, Frankreich, England usw. noch lange Zeit vorherrschend sein, ein Umstand, mit dem wir rechnen müssen und der bei der Umgestaltung des Reiches nicht aus dem Auge gelassen werden darf. Wir hatten während der Kriegszeit oft Gelegenheit zu berichten, wie das Ausland bestrebt war, sich von deutscher Wareneinfuhr unabhängig zu machen. Vielfach hatten diese Versuche Erfolg, so daß mit Bestimmtheit gesagt werden kann, daß viele Einfuhrländer zu Ausfuhrländern geworden sind. Deutschland wird einen schweren Stand auf dem Weltmarkt haben, erschwert nicht nur durch höhere Entlohnung, sondern erschwert durch verminderte Arbeitsleistung und durch die schlechte Valuta. Die Folge dürfte Verringerung der Ausfuhr sein. Damit ist Einschränkung der Industrie und vermehrte Arbeitslosigkeit verbunden. Anstatt fertige Ware wird das Ausland deutsche Arbeiter importieren, die dann, der Sprache nicht mächtig, zu Sklaven, zu Parasiten herabsinken. Den Vorteil allein hätten die Kapitalisten. Dazu kommt, daß Deutschland nicht genügend Lebensmittel produziert, das Ausland Lebensmittel nur zu hohen Preisen liefert, eine Hungersnot, ein Volkssterben eintritt, woran die Kriegsoffer gemessen nur klein erscheinen. So sieht Deutschlands Zukunft und die seiner Arbeiter aus, wenn nicht bald eine andere Auffassung über die Pflichten eines jeden Volksgenossen Platz greift. Was uns retten kann, ist einzig und allein Arbeit und wieder Arbeit!

Wir haben stets für eine bessere Entlohnung der Arbeiterschaft gekämpft. Wenn aber die Revolution zu einer Lohnbewegungsmaschine umgewertet wird, wenn in vielen Köpfen die Meinung sich festsetzt, das beste Mittel, den Kapitalismus zu beseitigen, sei, für hohen Lohn sowenig wie möglich zu arbeiten, ist, kurz gesagt, wahnsinniger Selbstbetrug, der uns alle dem Abgrund zuführt. Nun fragen wir: „Ist das der Zukunftsstaat, der uns allen vorsehwebte? Soll das das Ergebnis unserer jahrzehntelanger sozialer Aufklärungsarbeit sein?“ Gewiß, wer seit Jahren durch die Schule der Arbeiterorganisationen gegangen ist, wird diese Frage verneinen. Wer aber niemals organisiert war, wer trauer erntete und niemals säte, wer in den gelben Organisationen Nutznießer der Kapitalisten war, wird unjere Auffassung nicht teilen. Diese Leute haben sich ständig aushalten lassen, waren immer Liebling und Diener der Schatzmacher; an ihnen prallte jeder Versuch zur Solidarität der Arbeiter untereinander ab. Als dann die Gewerkschaften es durchsetzten, die Unternehmer sollen ihre Hand von den „Gelben“ ziehen, da wurden sie auf einmal radikal. Schrankenlos nutzten sie die Konjunktur aus. Sie, die Betreuer der Industriebarone, sollten in den Betrieben nicht mehr die Vorzugsstellung einnehmen, das muß fürchterlich gerochen werden. Da sehen wir nun, wie gerade in den Betrieben, wo jede freigeistige Betätigung strengstens verpönt war, der Bolschewismus wahre Orgien feiern konnte. Wenn nun die Industrieburgen darob in Ungelegenheiten gekommen sind, so muß ihnen allen Ernste gesagt werden, daß sie nur das ernten, was sie gesät haben. Sie mußten das Wort kennen: „Den freien Mann fürchte nicht, doch den Sklaven, der die Kette bricht!“ Die undisziplinierte, jeder Solidarität baren Masse kümmerte sich nicht um die Gewerkschaftsinstanzen und andere Hindernisse. Der Drang Revolutionsgewinnler zu werden, setzte sich über alle Schranken hinweg, war der Nährboden für die Annahmen der Novembersozialisten, die wie eine ansteckende Krankheit auch auf sonst ruhige Gemüter wirkte.

So unangenehm dies auch vielen sein möge, es muß endlich einmal offen gesagt werden, so darf es auf keinen Fall fortgehen, soll die Revolution nicht zum Unglück der Arbeiter ausflagen.

Gehen wir davon aus, daß die Arbeit die Grundlage des Wohlstandes und der Glückseligkeit aller ist, so bleibt nichts weiter übrig, daß wir uns durch Arbeit diesen Zustand erringen. Kohle und Erz muß gefördert, brachliegendes Land muß beackert und bebaut werden, wozu schon jetzt 600 000 Arbeitskräfte fehlen. Wer in seinem erlernten Beruf keine Beschäftigung finden kann, melde sich auf dem Arbeitsnachweis, nicht um Erwerbslosenunterstützung zu beziehen, sondern um zu arbeiten. Sage niemand, ich bin dazu nicht imstande. Wenn neun Millionen

Feldgrau, gezwungenerweise, unter ständiger Lebensgefahr bewundernswerte Leistungen vollbracht haben, die mit ihrer Berufstätigkeit nicht im mindesten etwas zu tun hatten, so muß es doch möglich sein, bei guter Entlohnung freiwillig im Allgemeininteresse tätig zu sein. Haben wir erst genügend Kohlen, dann hebt sich die Industrie; wird das Ackerland bearbeitet, so bekommen wir Brot, Fett und Fleisch. Die Produzenten werden zu Konsumenten, das Getriebe kommt in Gang und wir schaffen Werte, die wir dann durch den Willen des Volkes auch sozialisieren können. Wer also das der modernen Arbeiterbewegung vorschwebende Ziel erreichen will, besenne sich zur Arbeit, suche seine Bekannten im gleichen Sinne aufzuklären. Die Gewerkschaften werden ihrer Aufgabe gemäß dafür sorgen, durch Tarifverträge und ständige Überwachung der Arbeiterschutzvorschriften die Arbeitsmöglichkeit günstig zu gestalten.

Erleichterung der Gewerkschafts- praxis.

Bereits in Nr. 1 unserer Zeitung von diesem Jahre haben wir die „Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten“ kurz besprochen. Bei der Wichtigkeit dieser Materie für unsere Mitglieder ist es angebracht, etwas ausführlicher darauf einzugehen, um so mehr wir bei den knappen Raumerhältnissen uns versagen müssen, die etwas umfangreiche Verordnung im Wortlaut zu bringen.

In allen Betrieben, in denen in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden, sind Arbeiterausschüsse zu errichten. In Betrieben, in denen in der Regel weniger als 50 Arbeiter beschäftigt werden, hat dieser Ausschuss aus 3 Mitgliedern und ebensoviel Erfahrungsmännern zu bestehen. Diese Personen werden aus der Mitte der im Betriebe beschäftigten Arbeiter in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundzügen der Verhältniswahl gewählt. Den Arbeitgebern und ihren Vertretern ist es untersagt, ihre Arbeiter in der Ausübung des Wahlrechts bei den Wahlen zu diesen Ausschüssen oder in der Uebernahme oder Ausübung der Tätigkeit als Mitglied eines solchen Ausschusses zu beschränken oder sie wegen der Uebernahme oder Art der Ausübung zu benachteiligen. Versäumnisse von Arbeitszeit infolge der Wahlen oder der Zugehörigkeit zu den Ausschüssen dürfen eine Minderung der Entlohnung nicht zur Folge haben. Vertragsbestimmungen, die diesen Vorschriften zuwiderlaufen, sind nichtig.

Diese Ausschüsse haben die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter dem Arbeitgeber gegenüber wahrzunehmen. Sie haben in Gemeinschaft mit dem Arbeitgeber darüber zu wachen, daß in den Betrieben die maßgebenden Tarifverträge durchgeführt werden. Soweit eine tarifliche Regelung nicht besteht, haben diese Ausschüsse im Einvernehmen mit dem beteiligten Organisationen der Arbeiter bei der Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse mitzuwirken. Es liegt ihnen ob, das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft sowie zwischen dieser und den Arbeitgebern zu fördern. Außerdem haben sie ihr Augenmerk auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren in dem Betriebe zu richten und andere in Betracht kommende Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregung, Beratung und Unterstützung zu unterstützen.

Wer da weiß, wie schwer es bisher hielt, über die vorbezeichneten Angelegenheiten mit dem Arbeitgeber auch nur eine Unterredung herbeizuführen, der wird diese gesetzliche Verordnung zu würdigen wissen. Der „Derr im Hause“ Standpunkt der Arbeitgeber, der vom alten Regime gefördert und unterstützt wurde, hielt die Arbeitgeber davon ab. In Tausenden und aber Tausenden von Fällen hat erst gestreikt und häufig genug wiederholt gestreikt werden müssen, bevor sich Arbeitgeber herbeigelassen haben, sich mit Vertretern ihrer Arbeiter über die angegebenen Verhältnisse zu unterhalten. Jahre und Jahrzehnte lange Bemühungen waren notwendig, um die Arbeiter soweit aufzuklären und zu organisieren, daß sie mit geradezu selbstverständlichen Wünschen und Forderungen an ihre Arbeitgeber herantraten und sie veranlaßten, sich zu äußern. Jetzt braucht man die Arbeiter bloß auf diese gesetzliche Vorschrift zu verweisen, um ihnen die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisation klarzumachen. Denn ohne gewerkschaftliche Organisation ist natürlich auch diese Verordnung lediglich bloß auf dem Papier.

Ursprünglich mußte jede Differenz zwischen Arbeitgeber und Arbeitern, wenn sie ausgetragen werden sollte, durch Kampf ausgetragen werden. Dann konnten Differenzen vor die Einigungsämter bei Gewerbegerichten gebracht werden, wo solche bestan-

den. Die Verordnung sieht offizielle Schlichtungsausschüsse vor, auf deren Zusammenziehung die Parteien Einfluß haben. Diese Schlichtungsausschüsse können vom Arbeitgeber sowohl wie von seinen Arbeitern angerufen werden, um bestehende Differenzen zu schlichten; aber es ist nicht vorgeschrieben, daß sie angerufen werden müssen. Die Verordnung beschränkt die Kampffreiheit nicht. Die Schlichtungsausschüsse, insbesondere deren Vorsitzenden, sollen sich um die Schlichtung und Beilegung der Differenzen bemühen, auch wenn sie von keiner der streitenden Parteien angerufen sind; das wird besonders dann geschehen müssen, wenn Differenzen zu Kämpfen geführt haben. Kann ein Schlichtungsausschuss die Streitfrage nicht schlichten, so soll er einen Schiedsspruch fällen, über dessen Annahme oder Ablehnung die Parteien zu entscheiden haben. Falls ein Schlichtungsausschuss zur Fällung eines Schiedspruches nicht gelangen kann, so soll er das öffentlich bekanntgeben. Ebenso die Schiedsprüche, die von einer oder von beiden Parteien nicht angenommen werden.

Vor diesen Schlichtungsausschüssen können auch die Arbeitgeber und Arbeiter aus solchen Betrieben, wo die regelmäßig beschäftigte Arbeiterzahl 20 nicht erreicht und wo deshalb Arbeiterschiedsausschüsse nicht bestehen, ihre gegenseitigen Differenzen zum Austrag bringen.

Damit sind Einrichtungen zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten geschaffen, wie sie in der Literatur schon lange gefordert wurden.

Das Ziel der Verordnung ist die Tarifierung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Darum behandelt die Verordnung auch in ihren ersten sechs Paragraphen die Tarifverträge. Sie bekommen erst durch diese Verordnung eine Rechtsgrundlage. Tarifrecht ist demnach, was die Tarifparteien vereinbaren, also in einem Tarifvertrage schriftlich niederlegen. Eine Inhaltsvorschrift für Tarifverträge enthält die Verordnung nicht.

Ist ein Tarifvertrag abgeschlossen, so sind Arbeitsverträge zwischen beteiligten Personen (Arbeitgeber und Arbeiter) insoweit unwirksam, als sie von der tariflichen Regelung abweichen. Abweichende Vereinbarungen tarifgebundener Arbeitgeber und Arbeiter sind jedoch wirksam, soweit sie im Tarifvertrage grundsätzlich zugelassen oder soweit sie eine Änderung der Arbeitsbedingungen zugunsten des Arbeiters enthalten und im Tarifvertrage nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind. An Stelle unwirksamer Vereinbarungen treten die entsprechenden Bestimmungen des Tarifvertrages. Kurz, der Tarifvertrag ist mit den angeordneten Ausnahmen unanfechtbar. Sein Inhalt wird daher in Zukunft mit größerer Sorgfalt festgesetzt werden müssen, als es bisher leider oft genug der Fall gewesen ist.

Am Tarifvertrag beteiligte Personen sind Arbeitgeber und Arbeiter, die einen Tarifvertrag abschließen, oder Mitglieder von Organisationen, die einen Tarifvertrag abgeschlossen haben. Der Austritt aus einer tarifgebundenen Organisation entbindet nicht vom Tarifvertrag. Das Reichsarbeitsamt kann aber nach dahingehendem Antrage Tarifverträge, die für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen des Berufskreises in dem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung erlangen, auch für allgemein verbindlich erklären. Solche Tarifverträge sind dann innerhalb ihres räumlichen Geltungsbereichs für Arbeitsverträge, die nach Art der Arbeit unter den Tarifvertrag fallen, auch dann verbindlich, wenn der Arbeitgeber oder Arbeiter oder beide an dem Tarifvertrage nicht beteiligt sind. Um diese Rechtswirksamkeit für einen Tarifvertrag zu erlangen, sind Formalitäten in der Verordnung umschrieben. Diese Vorschrift bringt die Möglichkeit, der Durchführung der Tarifverträge recht große Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Die störende Wirkung der „Doutsiders“ kann damit unterbunden werden.

Jeder Tarifvertrag wird sowohl Bestimmungen über die Interessenvertretung der Arbeiter in den einzelnen Betrieben enthalten, als auch den Instanzenweg für Tarifstreitigkeiten vorschreiben. In solchen Fällen greifen die Instanzen der Verordnung grundsätzlich nicht ein. Wo aber Tarifinstanzen fehlen oder nicht wirksam werden, da können auch die Schlichtungsausschüsse der Verordnung angerufen werden oder selbständig eingreifen. In wichtigen Fällen kann auch das Reichsarbeitsamt die Durchführung des Einigungs- und Schiedsverfahrens selbst übernehmen oder eine andere Schlichtungsstelle, insbesondere einer bundesstaatlichen, überlassen. In beiden Fällen müssen jedoch bei der Verhandlung und der Abgabe des Schiedspruches Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl als Teilnehmer mitwirken. Diese Bestimmung dürfte in der Hauptsache bei umfangreichen Bewegungen und bei Abschlüssen umfangreicher Tarifverträge in Betracht kommen.

Genug, die Verordnung erleichtert die gewerkschaftliche Praxis ganz wesentlich, wenn sie in dem Geiste gehandhabt wird, in welchem sie erlassen worden ist. Denn darauf kommt in letzter Linie alles an.

Sollen wir zugrunde gehen?

Vom Volksbeauftragten Rudolf Wissell.

Als einen Trümmerhaufen hinterließen uns die alten Mächtehaber unser Vaterland. 1½ Millionen Tote, ungezählte Kriegsbeschädigte und Entkräftete, unzählige Opfer der Unterernährung, eine außerirdische erschütterte Moral, deren Folgen sich namentlich in der heranwachsenden Jugend zeigen, Arbeitsunlust und Entwertung von der Arbeit: das ist die Bilanz dieser Kriegsjahre.

Unsere Vorräte sind erschöpft, der Boden gibt nicht mehr, was er früher gab, die Industrie hat keine Rohstoffe, die Verkehrsmittel, Wagen und Lokomotiven, sind nicht mehr leistungsfähig, es fehlt an Schiffsraum, um Rohstoffe und Lebensmittel über See herbeizuholen.

Unsere Volkswirtschaft lechzt nach Arbeit. Eisenbahnmaterial, Straßen, Häuser bedürfen der Erneuerung und Vergrößerung, die Landwirtschaft, von den Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitern entblößt, verlangt nach einheimischen Kräften. Viele Hunderttausende kann sie gebrauchen. Der Schiffsbau leidet an Arbeitermangel. Der Bergbau braucht Menschen. 15 Milliarden Mark schulden wir dem Ausland vom Kriege her. Für 30 Milliarden Mark brauchen wir Rohstoffe und Lebensmittel vom Ausland für das erste Friedensjahr. Der Ernst unserer wirtschaftlichen Lage ist weiten Kreisen des Inlandes noch nicht aufgegangen. Seit Monaten bewegen wir uns dem Abgrunde zu. Das künstlich durch die Notenpresse aufrechterhaltene Gebäude unserer Wirtschaft und unseres Kreditwesens droht, uns alle begrabend, zusammenzubrechen.

Täglich erleben wir neue Streiks, Demonstrationen, Unruhen und Unrast in den Massen. Millionen von Arbeitsstunden verlieren wir täglich. Das Volk lebt in einem Taumel. Es sieht nicht, daß nur eines allein uns retten kann: die Arbeit, die allein Werte schafft.

Schon wird das Ausland gegen uns mißtrauisch. In der Schweiz und in Dänemark sind unseren Großbanken die Kredite gekündigt worden. Ohne Waren als Gegengabe fehlt jede Möglichkeit, Rohstoffe und Lebensmittel vom Ausland zu erhalten. Der Ruf der deutschen Arbeit, der deutschen Loyalität und Intelligenz ist, wie alle Berichte, die wir aus dem Ausland täglich erhalten, schwer erschüttert. Mit Staunen hört man dort, daß deutsche Zuckerrüben mangels Kohle und Arbeiter nicht in Betrieb sind, daß es überall an Kohlen fehlt, daß die Großstädte jeden Tag vor der Gefahr sich befinden, ohne Heizung, ohne Beleuchtung, ohne die elektrische Kraft der Maschinen dazustehen.

Und bei alledem in den Großstädten Hunderttausende von Arbeitslosen. Ungezählte werden auf Grund der Ermerdslojenfürsorge mit verhältnismäßig hohen Summen unterstützt. Summen, die oft weit höher sind, als der Arbeitslohn von Angestellten und Arbeitern oder von diesem nur wenig übertroffen werden, so daß bei manchen der Ansporn fehlt, sich um Arbeit zu bemühen. Vielen fehlt die Erkenntnis des Ernstes unserer wirtschaftlichen Lage, er mangelt die rechte Freudigkeit, eine Arbeit auch dann als geeignet anzunehmen, wenn sie ihnen bisher ferngelegen hat. Sie können sich noch nicht aufrufen, sich noch nicht in den Zustand der eigenen Verantwortlichkeit des Volkes für das Gedeihen seiner Wirtschaft hineinzufinden. Zu lange stand ihnen der Staat als Feind gegenüber. Jetzt trifft jeder Streik, jeder Arbeitsausfall das eigene Volk, die eigenen Brüder.

Heute müssen wir der Arbeiterschaft zurufen, nur die Arbeit kann uns vor dem unvermeidlichen wirtschaftlichen Zusammenbruch bewahren. Es darf nicht vorkommen, daß heute Arbeitermangel herrscht, es darf nicht dahin kommen, daß wir es gar bedauern müssen, daß der kapitalistische Zwang gebrochen ist, weil soziales Pflichtempfinden und Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der gesamten Arbeiterschaft nicht genügend zur Arbeit antreiben. Es darf nicht vorkommen, daß jede Arbeiterin, die mehr Lohn zu haben wünscht, die Arbeit einstellt und damit die wichtigsten Interessen der Gesamtheit gefährdet. Im alten Staat war der Streik das der sozialen Lage der Arbeiterschaft angemessene Kampfmittel, heute, unter einer sozialistischen Regierung, bei einer Nationalwahl, in der die Sozialisten fast die Mehrheit haben, bei Gemeindevahlen, die vornehmlich in den Großstädten reiflos den sozialistischen Parteien zum Siege verhelfen werden, muß an die Stelle des Streiks der Ausgleich treten. Was wir für das Völkerverleben wünschen, die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit, muß auch das Ziel der Arbeitsverfassung in der Industrie und in allen übrigen Gewerben sein.

Deutschland kann nur fortleben, wenn es das, was die Natur ihm gegeben, Kohle, Kali, Eisen, Erze und das, was wir vom Auslande beziehen, in verarbeiteter Form exportiert. Nur mit Waren können wir bezahlen, was das Ausland uns liefert.

Unser Papiergeld nimmt uns jenseits der Grenzen niemand ab. Unser Gold spielt bei der Mengenmenge unseres Exportes keine Rolle. Können wir unsere Exportfähigkeit nicht wiedergewinnen, so stehen wir vor dem Zusammenbruch. Arbeit muß unser erstes und letztes Wort sein. Wer sich diesem höchsten Gebote nicht fügt, verjüngt sich am ganzen Volke. Arbeiter, die streiken, ohne ihre Beschwerden Schlichtsgerichten zu unterwerfen und ihre Klagen dem Urteil der Öffentlichkeit zu unterbreiten, sind keine Sozialisten.

Soll unser Wirtschaftsleben wieder gefunden, so müssen wir mehr arbeiten — wir arbeiten heute weniger.

Wir müssen billiger arbeiten — wir arbeiten teurer.

Jeder Arbeiter trägt heute eine riesenhafte Verantwortung. Er muß sich derselben bewußt werden. Nur Arbeit kann uns retten, sonst brechen wir zusammen!

Karl Kautsky zu dem Problem der Wirtschaftsführung.

Der „Vorwärts“ brachte in seiner letzten Sonntagsnummer den Abdruck eines Aktionsprogramms, verfaßt von Karl Kautsky, dem geistigen Führer der U. S. P., das er sich als Ergänzung und Erweiterung des Erfurter Programms denkt und das wir in seinen Hauptpunkten unterschreiben können, weil es sich als Grundlage einer Wiedervereinigung der gespaltenen Partei eignet.

Kautsky stellt sich zunächst prinzipiell auf den Standpunkt der Demokratie. Er fordert weitgehende Selbstverwaltung der Stadtgemeinden und Landkreise sowie der Provinzen im Rahmen der Staatsgewalt, das demokratische Parlament als höchstes Organ des Volkswillens. Auch gegen sein Verlangen nach schleunigster Auflösung des stehenden Heeres und Schaffung einer Volkswacht mit nur ganz wenigen Berufsoffizieren machen wir uns durchaus zu eigen — sobald der Friede geschlossen ist. Nur solange der Krieg noch fortdauert, und das ist heute namentlich im Osten der Fall, kann man das Heer nicht zer schlagen, ehe man ein neues hat.

Kautsky wendet sich dann den Problemen der Wirtschaftsführung zu. Dazu sagt er sehr treffend: „Noch dringlicher als die Frage der Produktionsweise ist die der Produktion selbst. Der Krieg hat die Produktion gewaltig unterbrochen. Sie wieder zu beleben und in Gang zu bringen, ist unsere dringendste Aufgabe. Sie bildet die Vorbereitung jedes Verjuchs einer Sozialisierung der Produktion.“

Diese ausgezeichneten Worte die einleuchtende Wahrheit sollte man ständig allen Narren entgegenhalten, die jetzt Hals über Kopf das vorhandene Nichts sozialisieren möchten und denen Vorwürfe machen, die ihre Tollhauspolitik nicht mitmachen.

Die Produktion bedarf der Produktionsmittel und der Arbeiter. „Was die Arbeiter anbelangt“, sagt Kautsky, „so ist neben der Erwerbslosenunterstützung auch eine Arbeitsvermittlung einzurichten, die sich über das ganze Reich ausdehnt und zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeiter, der Unternehmer sowie der Republik besteht. Diese Arbeitsvermittlung muß das Recht haben, für jeden Produktionszweig und jede Gegend Mindestlöhne und Maximalarbeitszeiten sowie sonstige Arbeitsbedingungen festzusetzen. Sie verweigert es, Betrieben Arbeiter zuzuwenden, die jene Festsetzungen ablehnen. Andererseits verliert ein Arbeiter seinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung, der sich ohne triftigen Grund weigert, Arbeit in einem Betrieb anzunehmen, für den er vorgebildet ist, und der die Arbeitsbedingungen der Arbeitsvermittlung anerkennt.“

Auch Kautsky tritt also für eine Arbeitspflicht ein, die mit Hilfe der Entziehung der Arbeitslosenunterstützung durchgeführt werden soll. Aber Kautsky geht noch weiter und wendet sich scharf gegen die Streikwut. Er bezeichnet den Streik als ein unerlässliches Mittel gegen kapitalistische Ausbeutung in einem Staate, dessen Staatsgewalt in den Händen der Kapitalisten ist. Für einen Staat, in dem der politische Gewalt bei den Arbeitern liegt, will er das zerstörerische Gewaltmittel des Streiks ausschalten und die Ansprüche der Arbeiter durch Methoden wahren, die den Produktionsprozeß weniger hemmen und stören. „Das ist namentlich wichtig heute, nachdem der Krieg Deutschland so unendlich verarmt hat, daß jeder Streik doppelt verheerend wirkt.“

Als Abschluß der Kautskyschen Untersuchungen über die Sozialisierung darf man wohl folgenden Weisheitspruch ansetzen: „Gerade weil die Aufgabe so wichtig und weittragend ist, läßt sie sich nicht im Handumdrehen durchführen, sondern nur schrittweise und nach sorgfältiger Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse und Vorbereitung der Neuordnung.“ Sowohl in dieser Auffassung des Sozialismus wie im Bekenntnis zur Demokratie stehen wir auf Kautskys Seite und hoffen, daß alle Arbeiter recht bald zur selben Einsicht gelangen.

Jugend.

Bis zu den Tagen der Revolution fing der Mensch mit dem 25. Lebensjahre an, erwachsen zu sein. Vorher hatte er zu arbeiten und seine Steuern pünktlich zu bezahlen, aber im übrigen mußte er sich passiv verhalten und alles über sich ergehen und an sich vorbeiziehen lassen.

Wie kannte man die Jugend doch schlecht, daß man derlei verlangte. Die Jugend, deren natürlicher Trieb es ist, aktiv zu handeln und anzugehen gegen alle Passivität, sie sollte Hirn und Herz und Hand, die von Lebensdrang frohsten, untätig sein lassen in so weiten Gebieten des Lebens. Niemand verstand die Jugend, als die, die sie jetzt befreit hat aus den Ketten der Rechtlosigkeit, die Arbeiterschaft, und darum hat sie die Jugend in ihren Reihen auch stets gewertet als ihre hoffnungsvollsten Glieder.

Und es ist auch nur natürlich, daß die freie Gewerkschaftsbewegung in so hohem Maße die Jugend schätzte, diese Zukunft des Volkes, denn die Zukunft, eine große, helle Zukunft haben wir ja in unserem Kampf als fernes Ziel. Ewige Jugend wollen wir bringen dem arbeitenden Volke, ob es alt ist oder jung. Froh wie die Jugend soll doch nach unserem Willen die Arbeit sein, lachend wie die Jugend das Arbeitsleben. Wie konnte die freie Gewerkschaftsbewegung da anders, als die Menschen, die diesen Zukunftsgeist bereits in ihren Herzen bargen, innig einzuschließen in ihr Streben zu jener lichten Zukunft der alljünglichen Arbeiterschaft.

Und darum ist und bleibt auch der Platz für alle, alle des wertvollen Volkes, die jung sind an Jahren oder jung sind im Herzen, in unseren Reihen. Bei uns können sie sich entfalten in ihrem Lebensdrang. Und so erfrischend und belebend ist dieser unser Kampf mit seinen immer steigenden Erfolgen zur sonnigen Zukunft hin, daß, wer in seinem tiefsten Innern mit unserem gemeinschaftlichen Ideale verwaschen, in seinem Herzen ewig jung bleibt, und daß er als Greis noch sagen kann: „Auch jetzt noch vorwärts!“ So manchen Sonnenstrahl hast du bereits als Glied deines Verbandes hineingetragen in das Arbeitsleben deiner Schwestern, deiner Brüder, doch immer wieder leuchtest ein neues Morgenrot, das deinem schaffenden Volke gehören soll. Und darum: Vorwärts, denn eine Luft war's stets ja, so zu leben, eine Lust ist es auch, so als Greis noch jung zu sein.

Die entthronten Landesväter.

Die durch den Sturm der Revolution in Deutschland von ihren Thronen herabgeworfenen 22 Dynastien von verschiedenem Rang bilden nach einer Zusammenstellung der „Volkswacht“ ein recht ansehnliches Häuflein. Da ist zunächst Preußen mit seinem Königspar, das zugleich das deutsche Kaiserpaar war, und mit 20 Prinzen und 11 Prinzessinnen, zusammen 33. Ebenso viele Mitglieder hat Bayern aufzuweisen, nämlich einen König, eine Königin, 15 Prinzen und 16 Prinzessinnen; dazu treten noch in der herzoglichen Linie 5 Herzöge und 1 Herzogin, insgesamt 39. Sachsen gibt ab 1 König, 3 Prinzen und 5 Prinzessinnen; Württemberg mit dem Königspar 7 Herzöge und 4 Herzoginnen (die durch Heirat ausgeschiedenen Prinzessinnen sind in dieser nicht alltäglichen Statistik fortgelassen), also 11. Bei den großherzoglichen Häusern handelt es sich in Baden um den Großherzog, die Großherzogin-Mutter, 2 Prinzen und 1 Prinzessin, zusammen 6. In Mecklenburg finden wir 1 Großherzog mit Gemahlin, Mutter und Stiefgroßmutter, dazu die verwitwete Strelitzer Großherzogin, demnach 4 Großherzoginnen, 8 Herzöge und 3 Herzoginnen, ergibt 16. In Oldenburg das Großherzogspaar, 3 Herzöge, 4 Herzoginnen, Resultat 9; in Sachsen-Weimar Großherzog, Großherzogin, je 2 Prinzen und Prinzessinnen, zusammen 6. Die Herzogsfamilien haben folgenden Anteil: Sachsen-Koburg zählte die meisten Mitglieder: das Herzogspaar, 1 Herzoginwitwe, 10 Prinzen und 9 Prinzessinnen (ohne England, Portugal, Belgien, Bulgarien), 22. Sachsen-Meiningen hatte 1 Herzogspaar, 3 Prinzen, 2 Prinzessinnen. Sachsen-Altenburg: Herzog und Herzogin, 2 Prinzen und 3 Prinzessinnen, 7. Braunschweig: das Herzogspaar, 2 Prinzen und 1 Prinzessin, 5. Bei den Fürsten steht Neß bei beiden Linien obenan, mit 2 Fürsten, 1 Fürstin, 15 Prinzen und 18 Prinzessinnen, gleich 36. Es folgt Schaumburg-Lippe mit dem Fürsten, der Fürstin-Mutter, 17 Prinzen und 7 Prinzessinnen, 26. Dahinter marschieren Lippe mit dem Fürstenpaar, 10 Prinzen und 12 Prinzessinnen, 24. Waldeck-Fürstenpaar, Fürstin-Witwe, je 3 Prinzen und Prinzessinnen, gleich 9. Schwarzburg bildet den Schluß mit: 1 Fürst, 2 Fürstinnen, 2 Prinzen, 4 Prinzessinnen, insgesamt 9. — In Summa also 278 „Entthronte“, die noch dazu über ungeheure Güter verfügten. Die Arbeit war immerhin lohnend. Was die gekrönten Häupter dem deutschen Volke gestiftet

haben, darüber gibt folgende Aufstellung Aufklärung. Es erhielten:

	im Jahre	anein.Zage
Wilhelm II	21 230 080 Mf.	83 032 Mf.
König von Bayern	6 965 734	18 810
König von Sachsen	4 091 456	11 209
König von Württemberg	2 400 000	6 575
Großherzog von Baden	1 796 128	4 929
Großherzog von Oldenburg	655 000	1 808
Großherzog von Hessen	1 410 000	3 903
Großherz. v. Sach.-Weimar	1 020 000	2 734
Herzog von Braunschweig	1 125 322	2 083
Landesfürstliche Renten der von Sachsen-Meiningen	294 286	1 000
Halbte D. Domänenüberseß	250 000	684
Fürst von Schwarzburg-Mudolstadt u. Sondersh.	833 867	914

41 541 598 Mf. 113 833 Mf.

Aus unserem Beruf.

Bekanntmachung betr. Aufhebung der Andienungs- und Ablieferungsspflicht von Abfällen aus freigegebenen Ledern. Nachdem die Bekanntmachung — Nr. L. 999/10. 18. R.N.M. — betreffend Weidlagnahme, Höchstpreise, Melde- und Verkaufspflicht von Lederabfällen vom 19. Oktober 1918 durch Bekanntmachung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung — Nr. F. N. 170/1. 19. R.N.M. — vom 10. Januar 1919 bis zum 31. März 1919 außer Kraft gesetzt ist, werden

§ 10 der Bedingungen für die Abgabe von freigegebenem Bodenleder vom 3. November 1916, § 12 der Bedingungen für die Abgabe von freigegebenem Schuhoberleder vom 3. November 1916,

§ 7 der Bedingungen für die Abgabe von freigegebenem Mantel- und Geschirrtleder vom 1. September 1917,

wonach die Vorarbeiter verpflichtet sind, Abfälle, die sie nicht im eigenen Betriebe verwenden, der Erzeugergesellschaft in der von dieser vorgeschriebenen Sortierung anzuliefern und zu einem Preis, welcher den zwischen der Erzeugergesellschaft mit der Mititärbehörde vereinbarten nicht übersteigt, abzuliefern,

bis auf weiteres aufgehoben. Berlin, den 20. Januar 1919.

Kontrollstelle für freigegebenes Leder.

Blasse. F e c h e r.

Sochtonjunktur im Waggonbau. Die Preussische Hessische Eisenbahnerverwaltung hat gegen Ende vorigen Jahres nach große Aufträge in Lokomotiven und Eisenbahnwagen auszugeben als Ersatz für die an die Entente abzuliefernden Fahrzeuge. Einschließlich der früh-er erteilten Aufträge sind 3300 Lokomotiven und über 70 000 Wagen in verschiedener Art vergeben worden. Die günstigen Aussichten im Waggonbau zeigen die Unternehmenslust. In neuerer Zeit mehren sich die Meldungen über Errichtung neuer und Erweiterung bestehender Waggonfabriken. So hat die „Maschinen- und Fahrzeugfabrik Alfred-Dessingen Akt.-Ges.“ (Bernburger Maschinenfabrik) einen Teil ihrer Werke in eine Waggonfabrik umgewandelt. Neue Waggonfabriken sind entstanden in Hamburg wo die „Panzeatischen Flugzeugwerke“, Carl Caspar, A.-G., den Betrieb auf den Waggonbau umgestellt haben, und in Memel, wo mit einem Kapital von 300 000 Mf. die „Ostpreussische Waggonfabrik A.-G.“ gegründet wurde. Die Sächsische Waggonfabrik, A.-G., in Verdau ist im Begriffe, ihr Aktienkapital um 300 000 auf 3,3 Millionen Mark zu erhöhen.

Korrespondenzen.

Berlin. Eine gutbesuchte Versammlung der Portefeuller und Reißartikelfattler nahm am 30. Januar in Graumanns Festhale den Bericht über die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft entgegen. Vor allem galt es, die vom Heere entlassenen Kollegen wieder in ihre vor der Einziehung innegehabten Stellungen zu bringen, in welcher sie mit dem Durchschnittslohn im Betriebe zu entlohnen sind. Im allgemeinen wurde dies Ziel erreicht, vereinzelte Firmen, die sich sträubten, wurden durch Vergleich oder durch Beschluß dazu veranlaßt. In den Kofferfabriken wurden anstatt 60 Prozent auf Holzkoffer 100 Prozent Zuschlag gezahlt. Bei der Umwandlung von der 9- zur 8-stündigen Arbeitszeit wurde eine Vergütung von 8 1/2 Prozent vereinbart, welche nach Auffassung zweier Firmen nur gezahlt werden sollte, wenn der freiwillig gewährte Zuschlag von 40 Prozent in Wegfall kommt. Die Arbeitsgemeinschaft beschloß, daß die vor dem Abkommen eingeführten Vergünstigungen weiter gezahlt werden müssen. Die Beseitigung der Heimarbeit eröffnete der Arbeitsgemeinschaft ein großes Tätigkeitsfeld. Einerseits wollen die Unternehmer nicht von dem alten System lassen, andererseits sind viele Heimarbeiter von dieser Reform nicht durchdrungen

und Kammern sich mit fast unglaublichen Ausflüchten an ihr vermeintliches Ideal. Dessenungeachtet wird die Organisation konsequent auf dem einmal eingeschlagenen Weg beharren und hofft dabei auf die Mitarbeit aller sozialrechtlich denkenden Kollegen. — Die Aussprache ergab Zustimmung zu der bisherigen Tätigkeit mit dem Wunsch, die Arbeitervertreter mögen auf die Festlegung eines Mindestlohnes von 2 Mk. dringen. Beschlossen wurde, den seit dem 1. Juli 1911 geltenden Tarifvertrag schon jetzt zu kündigen, um Zeit für die Vorarbeiten zu einem neuen, übersichtlichen Vertrag zu gewinnen. In der Debatte wurden verschiedene Wünsche bezüglich Neugestaltung des Tarifs laut. Die Branchenleitung wurde um drei Mitglieder erweitert. Wegen der Gasperre um 1/2 Uhr konnte die vorgesehene Tagesordnung nicht erledigt werden.

Leipzig. (E. 31. 1.) In der Generalversammlung am 24. Januar gab der Vorsitzende einen Bericht über die Geschäfte der Organisation während des verfloffenen Jahres. Er bemerkte hierbei, daß nach Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen die meisten Betriebe ihre Militärarbeit beenden und ihre Betriebe wieder auf Friedensarbeit einstellen mußten. Es machten sich Verhandlungen notwendig betreffs Regelung des Lohnes und der Arbeitszeit. Hierauf gab der Kassierer den Kassenbericht des 4. Quartals. Aus diesem ist zu ersehen, daß der Mitgliederbestand 517 männliche und 719 weibliche beträgt. Die Ausgaben der örtlichen Verwaltung betragen 2030,60 Mk. Am Schluß des 4. Quartals betrug der Kassenbestand 11 745,54 Mk.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung wurden als 1. Vorsitzender Steiner, als 2. Stv., als 1. Kassierer, Dajede, als 2. Reze, als Schriftführer Weidert, als Beisitzer Erhardt, Hassel, Alfred Blum, Frida Blume, als Revisoren Frenzel, Langenberger, ins Kartell Döhler, Zeidler, als Vertreter in den paritätischen Arbeitsnachweis die Kollegen Zeidler, Rohle, Etzelner, als Ersatzleute Kupfer, Arthur Hartmann und Wiscolod gewählt. In das Agitationskomitee wurden die Kollegen Grothe, Scheuer, Thilian, Neumann, Bernhard Müller und Hermann Hartmann gewählt.

Hierauf gab Kollege Erhardt den Bericht der Diätenkommission. Kollege Werthold machte den Vorschlag, die alten Sätze beizubehalten und die Sitzungen extra zu bezahlen. Nach erfolgter Diskussion wurden die vorgeschlagenen Sätze der Diätenkommission angenommen.

Unter Gewerkschaftlichem führte Kollege Döhler aus, daß die Kollegen in ihren Betrieben die Arbeit prüfen sollen, inwieweit dieselbe langat und wie sie ihre Arbeitszeit auf Grund der großen Zahl der Arbeitslosen verkürzen wollen.

München. (E. 2. 2.) Zur diesjährigen Generalversammlung am 12. Januar konnte Vorsitzender Kollege Röhrner eine gut besuchte Versammlung begrüßen und vielen aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen einen herzlichen Willkommengruß entbieten. Leider hat der Weltkrieg auch in unseren Reihen große Lücken gerissen, die Ortsverwaltung betrauert 20 Kollegen als Kriegsoffer. Die Versammlung ehrt das Andenken dieser sowie der verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise.

Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß auch das abgelaufene Geschäftsjahr große Anforderungen an die Verwaltung stellte, denen wir durch die opferwillige Mitarbeit sämtlicher Verwaltungsmitglieder auch stets gerecht werden konnten. Zur Aufklärung dienten den Kollegen neben den regelmäßigen Mitgliederversammlungen eine Reihe außerordentlicher Versammlungen sowie mehrere Vertrauensmänneritzungen. Um die wirtschaftlichen Interessen der Kollegen wahrzunehmen, waren neben einer Reihe von Werkstattversammlungen auch mehrmals Sitzungen der Schlichtungskommission nötig. Gerechte Forderungen der Kollegen konnten wir des öfteren beim Gewerbegericht erfolgreich durchsetzen. Persönliche Vorstellung des Verwaltungsvorsitzenden bei den Arbeitgeberern sicherten den Kollegen nennenswerte Vorteile. Den Kassenbericht gab Kollege Eberling. Diesem zufolge betragen die Gesamteinnahmen im abgelaufenen Jahre 8717,25 Mark, an die Hauptkasse wurden gesandt 6250,40 Mark, an Unterstützungen ausbezahlt 1306 Mk., Lokalkassenbestand 6812,14 Mk. Mitgliederbewegung: Eingetreten im Berichtsjahr 233 männliche und 160 weibliche Mitglieder, ausgetreten bzw. ausgeschlossen 102 männliche und 214 weibliche, Bestand zurzeit 394 männliche und 86 weibliche Mitglieder. Die Neuwahlen ergaben: Kollege Köll, 1. Vorsitzender, Glühmann, Kassierer und Rascher 1. Schriftführer, für sämtliche Gewählten wurden Vertreter von der Versammlung gewählt. Kollege Köll richtet hierauf einen Appell an die Versammlung und bittet um ihre Mitarbeit im neuen Geschäftsjahr. Wenn sich jeder seiner verantwortungsvollen Aufgabe auch im neuen Geschäftsjahr bewußt

ist, sind wir in der Lage, allen Eventualitäten im kommenden Jahre gewachsen zu sein. Es harren auch jetzt bereits wieder große Aufgaben ihrer Lösung. Daher stelle sich jeder zur Verfügung mit der Devise: Vorwärts immer, rüdwärts nimmer!

Rundschau.

Gegen den Achtstundentag. Im besetzten Gebiet machen die französischen Befehlshaber Schwierigkeiten, nicht nur in bezug auf den Achtstundentag, sondern auch gegen die Gewerkschaften allgemein. Der beste Beweis, daß Frankreich darin noch zu den rückständigen Ländern gehört. Wie berichtet wird, hat die interalliierte Kommission in Mannheim bei einer Besprechung mit den Schiffsahrtsinteressenten nicht nur die Abhebung der Arbeiter- und Soldatenräte, sondern auch die Aufhebung des Achtstundentages verlangt, und die Todesstrafe für schwere Zuwiderhandlungen, als welche möglicherweise die Einhaltung des Achtstundentages gelten, angedroht. Wir wissen nicht, ob das allgemein oder nur für die Schifffahrt gelten soll, aber so heiß wird es in der Regel nicht geessen, als es gekocht wird. Im schlimmsten Fall könnte es sich nur um eine begrenzte Zeit handeln, in der der Achtstundentag verhindert werden könnte, aber wir glauben nicht, daß jemand eine Vereinbarung zwischen Unternehmer und Arbeiterorganisation über den Achtstundentag hintertreiben könnte. Auch für die Bergarbeiter des Saargebietes hat die französische Besatzung den Achtstundentag aufgehoben, und erklärte der französische Oberbefehlshaber, daß der Achtstundentag auch in der Pfalz abgesetzt werden würde, sobald die Franzosen dort eingerückt sind. Auch hier handelt es sich jedenfalls nur um die Bergarbeiter, und scheinbar geschieht es nicht ohne Mitwirkung der Unternehmer. Die Hochfinanz, Generaldirektoren der Banken,

Güttenwerke und Gruben sitzen in brüderlicher Beratung bei dem französischen General, und dieser kommandiert, was jene wünschen. Andererseits hat die französische Besatzung in Straßburg den Arbeiterat aufgelöst, die Gewerkschaftsführer, darunter auch unseren Kollegen Reibholz, verhaftet, und das Bestreben geht dahin, daß im Vorstand der Gewerkschaften keine Deutschen sein dürfen. Damit hofft man wohl die Gewerkschaften zu zerstören.

Arbeitslorenzählung.

Die große Arbeitslosigkeit in unserem Verufe macht es den Ortsverwaltungen zur dringendsten Pflicht, die graue Arbeitslosenfarte über die Arbeitslosigkeit am 25. Januar genau auszufüllen und, soweit es noch nicht geschehen ist, umgehend an den Vorstand einzusenden.

Der Vorstand
J. A.: Blum,
Berlin, Brückenstraße 10b.

Sterbetafel.

Berlin. Am 22. Januar verstarb unser langjähriges Mitglied, der Sattler Karl Gуста.
— Am 18. Januar verstarb der Tächner Alfred Sauer.
Effenbach a. M. Am 21. Januar verstarb unser langjähriges Mitglied, der Portefeuller Ludwig Andreas Rent, 49 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!

Bekanntmachung.

Zentral-Frankenkasse der Sattler, Portefeuller u. Berufsgenossen Deutschlands in Berlin (V. a. G.)

Militärentlassene Kollegen, veranlaßt die Wiederanmeldung zur Krankenkasse nicht. Diejenigen Kollegen, die sich nach der Entlassung innerhalb der in unserer Satzung vorgesehenen Frist wieder anmelden, treten sofort und ohne weiteres in ihre alten Rechte wieder ein. Wer die rechtzeitige Wiederanmeldung verläßt, hat sich die späteren Unannehmlichkeiten selbst zuzuschreiben. Um sich daher vor Schaden zu bewahren, ersuchen wir die Kollegen, die Krankenkasse nicht zu verlassen, und sich nach der Entlassung umgehend anzumelden.
Der Vorstand. J. A.: Wilhelm Giese.

Fachlehrbücher I. Ranges mit vielen Abbildungen.

Der praktische Sattler Mk. 18,70. Das Sattlerhandwerk Mk. 25,80. Der Automobil-Lautschiffbau Mk. 7,85. Das Polstern Mk. 11,—. Das Zuvordereiden der Sattler, Riemen- und Tächnerarbeiten Mk. 10,—. Die Schule des Tapezierers Mk. 14,—. Der Tapezierer und Dekorateur Mk. 12,70. Der Zimmerdekorateur Mk. 6,65. Der Wagenfabrikant Mk. 15,—. Der Wagenlasten und sein Plan Mk. 8,75. Der Straßwagenbau mit Modellband Mk. 33,—. Der Gerber Mk. 12,—. Herstellung lohbarer Leders Mk. 8,70. Die Oberlederfabrikation Mk. 12,—. Lohnberechner Mk. 2,—. Rechenhelfer Mk. 3,85. Der Handwerker als Kaufmann Mk. 7,25. Handelslehre Mk. 8,—. Wertstättenbetriebsleitung Mk. 10,85. Gegen Nachnahme. **L. Schwarz & Co.,** Verlagsbuchhandlung, Berlin E. 19, Dresdener Straße 80.

Der Scheinwerfer

Herausgeber: E. Unger. Zeitschrift für Politik und Kultur. Verkäufer für alle Plätze gesucht. Glänzender Nebenverdienst. Verlag: Berlin W. 35, Potsdamer Str. 27b.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität **Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.**
Gegründet 1880.
Preislisten S. P. gratis und franko.

Portefeuller gesucht

Friedr. Schrader, Hannover-Linden, Föbberstraße 79.

Lüchtige Arbeiter, welche mit der Technik des Knautschleders

Bescheid wissen, es färben und beizen können, damit hochfeine Schreibmappen, Brieftaschen, Kästen usw. daraus angefertigt werden, mögen sich an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter dem Kennwort „Knautschleder“ melden.

Portefeuller

für feinere Lederarbeiten wird sofort gesucht. **Richard Hänel, Dresden, Pillniger Straße 5.**

Ca. 100 echte Leder-Uniformkoppel mit Schnallen

Weiten 96 bis 100 cm, billigst abzugeben. **U. Ludowieg, Bremerhaven.**

Durch jede Buchhandlung und durch den Verlag von **Joh. Sassenbach, Berlin 16,** ist zu beziehen:

Joh. Sassenbach: Die heilige Inquisition. Ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Kirche 60 Pfennig.

Joh. Sassenbach: Die Freimaurerei. Ihre Geschichte, Tätigkeit und innere Einrichtung. 1 Mark.

Leder - Abfälle

jeder Art kauft und bittet um bemusterte Offerte **Julius Heymann jun., Lederabfall-Großhandlung, Berlin C. 2, Königstraße 43/44. Telefon: Centrum 8298.**